Die Stadtverordnetenvorsteherin

StadtRödermark
natürlich, ganz nah dran

N i e d e r s c h r i f t

über die **21. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark**
(Sitzung Nr. 6/2008)
am Dienstag, 30.09.2008, um 19:30 Uhr
in Urberach, Halle Urberach (Mehrzweckraum)

Anwesend sind:
Herr Kern, Roland
Herr Sturm, Alexander
Herr Brammer-Türck, Thomas
Herr Schreiber, Wolfgang
Herr Schrod, Adam Franz
Herr Uhe-Wilhelm, Michael
Frau Becht, Maria
Herr Billing, Stefan
Frau Burkhard, Liane
Herr Butz, Reimund
Frau Cavus, Hatice
Frau Daum, Nina
Herr Delle Donne, Luigi
Herr Drescher, Bernd
Herr Fluck, Josef
Frau Geis, Sylvia
Herr Gensert, Hans
Herr Gensert, Michael
Herr Gerl, Stefan
Frau Gierszewski, Anna-Monika
Herr Gotta, Wolfgang
Herr Graf, Thomas
Herr Hente, Hans-Peter
Herr Karademir, Hidir
Herr Klemen, Siegbert
Herr Kruger, Tobias
Frau Dr. Künneke-Durwen, Christa
Herr Lauer, Armin

Frau Lorenz, Tanja
Herr Lühe von der, Eckhard
Frau Lühe von der, Karin
Herr Mersmann, Friedhelm
Herr Popp, Werner
Herr Rädlein, Manfred
Herr Rebel, Dieter
Frau Reusch, Mona
Frau Rickert, Katharina
Herr Rotter, Jörg
Herr Schaap, Garrit
Herr Schäfer, Karl
Herr Schneider, Herbert
Frau Schrod, Carolin
Herr Schrod, Dietmar
Herr Schultheis, Norbert
Herr Sulzmann, Sven
Herr Theis, Alfred
Frau Weckesser, Anette
Herr Zeller, Jochen
Frau Ziegler, Gerda
Herr Firat, Hüseyin
Herr Rohmann, Werner
Herr Mörsdorf, Thomas

Es fehlen:

Herr Daum, Hans-Jürgen	entschuldigt
Herr Sulzmann, Hans	entschuldigt
Frau Lips, Patricia	entschuldigt
Frau Wilhelm, Laura	entschuldigt

Zuhörer: 33

Tagesordnung:

TOP 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin

TOP 2 Mitteilungen des Magistrats

TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

TOP 4 Erwerb des Grundstücks Dieburger Straße 29, Gemarkung Ober-Roden
Flur 19 Flurstück 189/2 mit 338 qm von den Erben Seitz
Vorlage: VO/0141/08

TOP 5 Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung

TOP 6 Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Errichtung einer Bürger-Photovoltaikanlage in Rödermark

TOP 7 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Unterstützung der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule bei ihren Ganztagsschulaktivitäten

TOP 8 Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes
a) Antrag der SPD-Fraktion
b) Interfraktioneller Änderungsantrag

TOP 9 Breidertschule
a) Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
b) Änderungsantrag der SPD-Fraktion

TOP 10 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
betr.: Hainchesbuckel

TOP 11 Videoüberwachung an den Bahnhöfen
a) Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
b) Änderungsantrag der SPD-Fraktion

TOP 12 Bildung von Kommissionen gemäß § 72 HGO
hier: Kommission "Entwicklung Ortskern Ober-Roden"
Vorlage: VO/0161/08-1

TOP 13 Städtebaulicher Vertrag - Umwidmung des Grundstücks der Evang. Kirchengemeinde in der Erikastraße
Vorlage: VO/0166/08

TOP 14 Änderung des Bebauungsplanes A 20.3 "Plattenhecke, 3. Änderungsplan"
Vorlage: VO/0168/08

TOP 15 Haushaltsplan 2009
Vorlage: VO/0199/08

TOP 16 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 2.09.2008
betr. Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet östlich der Straße "Zum Steckengarten...." (VO/0266/07-03)
hier: Widerspruch des Bürgermeisters gemäß § 63 Abs.1 Satz 1 HGO

TOP 17 Rechtsformwechsel der Berufsakademie Rhein-Main
Vorlage: VO/0217/08

TOP 18 Verkauf von Teilflächen aus den Grundstücken Gemarkung Ober-Roden Flur 25 Nr. 280/7 und 238/6, Carl-Zeiss-Straße 15-25
Vorlage: VO/0192/08

TOP 19 Verkauf des Wohnhauses Jahnstraße 6
Vorlage: VO/0200/08

TOP 20 Betriebskostenzuschuss Schwimmbad
Vorlage: VO/0208/08

TOP 21 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Potentialstudie erneuerbare Energien

TOP 22 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Dienstleistungsangebote zur Einführung des neuen Müllkonzeptes

TOP 23 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Getrennt sammeln -Vereint sparen

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin

Die Stadtverordnetenvorsteherin gibt vorab folgende persönliche Erklärung ab:
„Meine Damen und Herren,
Bevor ich die Tagesordnung aufrufe, erlauben sie mir einige Bemerkungen zum Ablauf in den Sitzungen der letzten Stadtverordnetenversammlungen.
Insbesondere die letzte Stadtverordnetenversammlung hat bei mir persönlich einen unguten Eindruck hinterlassen.
Darüber hinaus habe ich ein sehr langes Schreiben eines Zuhörers erhalten, der sein Befremden über diverse Verhaltensweisen geäußert hat. Ich bedanke mich an dieser Stelle hierfür. Das Auftreten der stadtverordneten in den Sitzungen sowie in der Öffentlichkeit sollte unbedingt der Würde des Amtes angepasst sein.
Als Stadtverordnetenvorsteherin konnte ich bisher stolz sein und immer wieder behaupten, dass die Rödermärker Verhältnisse von einem besonderen positiven Niveau geprägt sind.

Heute muss ich dies durchaus relativieren und appelliere an alle Beteiligten zu unserem buchstäblich vorbildlichen Niveau zurückzukehren.
Ich weiß, dass wir dies können.
In meiner Funktion als Stadtverordnetenvorsteherin habe ich Mittel, die in den §§ 27 ff der Geschäftsordnung geregelt sind. Dies ist zum Beispiel der Ordnungsruf bei ungebührlichem oder ordnungswidrigem Verhalten.
In § 28 Abs. 4 der GO ist geregelt, dass bei ungebührlichem oder ordnungswidrigem Benehmen die Vorsitzende auch einen Ausschluss von den Beratungen anordnen kann.
Aber mit diesen Mitteln muss sparsam umgegangen werden.
Sie alle kennen mich aber gut genug, um zu wissen, wann ich auf meine Möglichkeiten zurückgreife.

1.1 Zur Beschleunigung des Sitzungsablaufes hat der Ältestenrat in seiner Sitzung am 11.09.2008 Festlegungen getroffen, die ab sofort – zunächst probeweise – umgesetzt werden sollen. Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Maßnahmen:

- um einen möglichst pünktlichen Sitzungsbeginn zu gewährleisten, tritt der Ältestenrat bereits um 19.00 Uhr vor der Stavo-Sitzung zur Festlegung der Verfahrensabläufe zusammen.

- Anfragen an den Magistrat werden ab sofort grundsätzlich schriftlich beantwortet. An die Stadtverordneten wird die jeweilige Antwort zusammen mit einer Kopie der Anfrage rechtzeitig vor der Sitzung der Stavo verteilt. Die Fraktionsvorsitzenden erhalten spätestens am Tage vor der Sitzung die schriftliche

Beantwortung der Anfragen, um evtl. Zusatzfragen zur mündlichen Beantwortung in der Sitzung formulieren zu können.

- bei Anträgen der Fraktionen, die gemäß dem Ergebnis der Ausschussberatungen unstreitig sind, soll künftig auf Stellungnahmen der Fraktionen verzichtet werden. Vielmehr soll ein Vertreter der Antrag stellenden Fraktion im Rahmen der Antragsbegründung darauf hinweisen, dass Nach den Beratungen in den Fachausschüssen Einvernehmen besteht. In diesen Fällen soll sodann unmittelbar Abstimmung erfolgen.

- die Regelungen der Geschäftsordnung betreffend Redezeiten sollen konsequent zur Anwendung kommen. Dies insbesondere, wenn im Einzelfall durch den Ältestenrat bereits eine Verlängerung der Redezeit generell festgelegt wurde.
  Die generelle Redezeit beträgt 5 Minuten, eine Redezeitverlängerung ist nur möglich, wenn in der Ältestenratsitzung eine solche beantragt wurde.

- Ziel dieser Maßnahmen ist es, nach Möglichkeit die Tagesordnung der jeweiligen Sitzung an lediglich einem Sitzungsabend, also ohne zweiten Sitzungstag, komplett abzuhandeln.
  Die heutige Sitzung ist rein vorsorglich auf zwei Sitzungsabende terminiert.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich bitte noch einen weiteren Punkt erläutern, welcher von mir in dieser Ältestenratsitzung am 18.09.2008 thematisiert wurde.
Wie Sie wissen, werden unsere Sitzungen auf Tonträgern aufgezeichnet. Sie dienen zur Überprüfung der Richtigkeit der Niederschrift und sind bei Einwendungen gegen die Niederschrift der Beschlüsse bis zu deren Unanfechtbarkeit aufzubewahren. Danach sind die Aufzeichnungen zu löschen.
Tonbandaufzeichnungen sind als Hilfsmittel für den Schriftführer gedacht, damit dieser nachträglich noch die festgestellten Abstimmungsergebnisse und den wesentlichen Gang der Verhandlung abhören und damit die Genauigkeit der Niederschrift sicherstellen kann.

Nicht mehr von der Zweckbestimmung des Tonbandmitschnittes gedeckt ist jedoch ein Abhören, nur weil der Redebeitrag eines bestimmten Stadtverordneten nochmals kontrolliert werden soll, möglicherweise um in der politischen Auseinandersetzung damit in der Öffentlichkeit zu agieren.

Das Bundesverwaltungsgericht begründet seine Auffassung damit, dass dies auf dem legitimen, letztlich in der Gewährleistung der Selbstverwaltung durch Artikel 28 Abs. 1 GG verankerten öffentlichen Interesse darin liegt, dass die Willensbildung des Rates als demokratisch legitimierter Gemeindevertretung ungezwungen, freimütig und in aller Offenheit verläuft.

Meine Damen und Herren,
das bedeutet, dass ich ein Abhören der Tonbandaufzeichnungen lediglich für die Überprüfung der Beschlüsse zulassen kann.
Ein Wortprotokoll der Redebeiträge ist unmöglich.
Sollte ich dies zugesagt haben, so habe ich mich geirrt.

1.2 In der heutigen Sitzung soll über die Tagesordnungspunkte 7 und 8 ohne Aussprache Beschluss gefasst werden.

1.3 Der Tagesordnungspunkt 5 soll in der heutigen Sitzung nicht behandelt werden, da noch Beratungsbedarf besteht. Der Antrag der AL/Die Grünen bleibt jedoch weiter im Geschäftsgang.

1.4 Auf Ihren Tischen ausgelegt finden Sie vor:

- die schriftliche Beantwortung des Magistrats zu der Anfrage der AL/Die Grünen zum Thema ‚Ehemalige Esso-Tankstelle in der Frankfurter Straße

- zu Top 16 den Text des Bürgermeister-Widerspruches und des Beschlusswortlauts der Stavo-Entscheidung vom 2.9.2008

- einen neu gefassten Beschlussvorschlag zu To 17“

zu 2 Mitteilungen des Magistrats

Die Mitteilungen des Magistrats liegen dem Original dieser Niederschrift als Anlage bei. Eine Zusatzfrage von Herrn Gerl betreffend Herstellungskosten Abfanggraben „An den Rennwiesen“ wird durch Bürgermeister Kern beantwortet. Das Thema soll in der nächsten Sitzung des Bauausschusses genauer erläutert werden. Eine weitere Zusatzfrage von Herrn Rotter zum „Integrationskonzept“ wird ebenfalls durch Bürgermeister Kern beantwortet.

zu 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte in schriftlicher Form.

Es gibt keine Rückfragen zu TOP 3.1.

zu 4 Erwerb des Grundstücks Dieburger Straße 29, Gemarkung Ober-Roden Flur 19 Flurstück 189/2 mit 338 qm von den Erben Seitz Vorlage: VO/0141/08

Nach Begründung durch Bürgermeister Kern und den Stellungnahmen der Fraktionen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Beschlussvorschlag des Magistrats, der den folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Erwerb des Grund-

stückes Dieburger Straße 29 Gemarkung Ober-Roden Flur 19 Flurstück 189/2 mit 338 qm von den Erben Seitz. Der Kaufpreis beträgt 199.998,00 €.

Die Stadt trägt alle Vertragskosten.
Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt ca. 230.000 € werden überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben 2008 bei der Erschließung für das Neubaugebiet „An den Rennwiesen".

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, FDP
Ablehnung: SPD
Enthaltung: /

zu 5 Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Fachausschuss zurückverwiesen.

zu 6 Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Errichtung einer Bürger-Photovoltaikanlage in Rödermark

Es wird von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ein gemeinsamer Änderungsantrag vorgelegt. Nach Begründungen und Stellungnahmen der Fraktionen erfolgt um 20.40 Uhr bis 21.00 Uhr eine Sitzungsunterbrechung. Danach wird der Änderungsantrag von den Antrag stellenden Fraktionen
zurückgezogen.
Der Stadtverordnete Gerl verliest den Text eines interfraktionellen Antrages über den in der Folge Punkt für Punkt abgestimmt wird. Der Antrag hat den folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. **Auf dem Dach der Fahrzeughalle der Stützpunktfeuerwehr Ober-Roden wird eine Photovoltaikanlage errichtet.**
2. **Bau und Betrieb erfolgt durch den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft.**
3. **Beauftragt wird der preisgünstigste Anbieter. Der Kostenrahmen soll 194.500,00 € nicht überschreiten.**
4. **Die Finanzierung der Investitionssumme erfolgt als Leasing-Modell**

Abstimmungsergebnis zu 1.:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Abstimmungsergebnis zu 2.:

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD,
Ablehnung: FDP (2x)
Enthaltung: FDP (1x)

Abstimmungsergebnis zu 3.:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Abstimmungsergebnis zu 4.:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 7 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Unterstützung der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule bei ihren Ganztagsschulaktivitäten

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte unter TO A.

Die Stadt Rödermark unterstützt die Oswald-von-Nell-Breuning-Schule bei der Durchführung ihres Ganztagsangebotes jährlich mit 20.000 € bis zum Abschluss der Erarbeitung eines Ganztagskonzepts für die Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Rödermark.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 8 Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes
a) Antrag der SPD-Fraktion
b) Interfraktioneller Änderungsantrag

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

An die Stelle des Antrags der SPD-Fraktion, der zurückgenommen wird, tritt ein **interfraktioneller Antrag** mit dem folgenden Wortlaut:

Gemäß HGO ist es die Aufgabe der Stadt, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen. Die Stadt Rödermark und die Stadtverordneten sind sich darüber einig, dass bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in einer dafür angemessenen Form und Weise zu beteiligen.

Der Magistrat wird daher aufgefordert, bis Ende des 1. Quartals 2009 geeignete Formen und Verfahren sowie Vorschläge zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 9 Breidertschule
a) Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
b) Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Nach Begründung der Anträge und den Stellungnahmen der Fraktionen wird über beide Anträge in einer Abstimmung Beschluss gefasst:

a) Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine Ganztagsbetreuung sowohl in der Trinkbornschule als auch in den Räumlichkeiten der Grundschule im Breidert dargestellt werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, welche Maßnahmen zur Realisierung eines Ganztagsangebots in dem Standort Breidert ergriffen werden müssten.

Des Weiteren soll geprüft werden, ob und in wieweit vorhandene Ressourcen und vorhandene Einrichtungen zur Erreichung der genannten Ziele eingesetzt werden können.

b) Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine Ganztagsbetreuung sowohl in der Schule an den Linden, Trinkbornschule als auch in den Räumlichkeiten der Grundschule im Breidert dargestellt werden können. Dabei soll insbesondere geprüft werden, welche Maßnahmen zur Realisierung eines Ganztagsangebotes in den Standorten Breidert und der Schule an den Linden ergriffen werden müssten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 10 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

betr.: Hainchesbuckel

Der Stadtverordnete Gerl stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussfassung zu verschieben bis die Haushaltskonsolidierungsrunde abgeschlossen ist. Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung mit folgendem Ergebnis abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: Andere Liste/Die Grünen, SPD
Ablehnung: CDU, FDP
Enthaltung: /

Nach Begründung und Stellungnahmen der Fraktionen wird über den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt:

Der Magistrat wird beauftragt, das Bauleitverfahren für das neue Gewerbegebiet „Hainchesbuckel“ einschließlich Umlegung, Bodenordnung und Erschließung fortzusetzen und zum Abschluss zu bringen.

Zur Sicherung des Gemeinwohls der Bauleitplanung sind innerhalb des gesetzlichen Rahmens Vereinbarungen mit den Beteiligten zu treffen oder andere Maßnahmen zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: CDU, SPD, FDP
Ablehnung: Andere Liste/Die Grünen
Enthaltung: /

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sollen geprüft und es soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Sicherheit und Infrastruktur berichtet werden.

Der Stadtverordnete Michael Gensert stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, als nächstes Tagesordnungspunkt 15, Haushaltsplan 2009 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: Geschäftsordnungsantrag

Zustimmung: CDU
Ablehnung: Andere Liste/Die Grünen, SPD, FDP (2x)
Enthaltung: FDP (1x)

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

zu 11 Videoüberwachung an den Bahnhöfen
a) Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
b) Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Nach Begründung durch die Fraktionen und Stellungnahme durch Bürgermeister Kern werden sowohl der Ursprungsantrag der CDU- Fraktion und

der FDP-Fraktion als auch der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur nochmaligen Beratung in den Fachausschuss zurückverwiesen.

Die übrigen Tagesordnungspunkte sollen in Fortsetzung der Sitzung am Mittwoch, den 1.10.2008 behandelt werden.

Sitzungsunterbrechung: 22:35 Uhr.

Für die Richtigkeit:

W. Rohmann
Schriftführer

M. Becht
Stadtverordnetenvorsteherin

Für die Ausfertigung:

Y. van Baal